

«Ungeliebter» Handel mit Europa

Die Schweiz diskutiert ein Freihandelsabkommen mit Europa. Es zeigt sich, dass Schweizer Produzenten und Konsumenten Federn lassen müssten. In Salez wurde am Mittwoch intensiv darüber geredet.

Von Paul Schawalter

Salez. – Gegen 100 Landwirte, Bäuerinnen, Landwirtschaftsschüler und Vertreter der Produktion, der Verarbeitung und des Handels landwirtschaftlicher Produkte trafen sich zu einer Informationsveranstaltung an der Landwirtschaftlichen Schule Rheinhof Salez. Schulleiter und Gastgeber Markus Hobi wollte der Zuhörerschaft aus aktuellem Anlass eine Plattform bieten, die Absichten und Folgen eines Agrarfreihandels mit der Europäischen Union zu erläutern.

Mit Ständerätin und Präsidentin der Stiftung für Konsumentenschutz, Simonetta Sommaruga, sowie Nationalrat Walter Müller gelang es den Veranstaltern, wichtige Exponenten der Schweizerischen Landwirtschaftspolitik für den Anlass zu gewinnen. Zudem begrüsst Hobi auch Christophe Eggenschwiler vom Schweizerischen Bauernverband, Heiko Bergmann von der Universität St. Gallen, Lienhard Marschall, Präsident der Unternehmensgruppe der Schweizerischen Agrarwirtschaft «Fenaco», Röbi Bischofberger, Landwirt und Präsident Nordostmilch AG sowie Stefan Flückiger, Migros Bund.

Preisdruck noch grösser

In einem Referat schilderte Heiko Bergmann von der Universität St. Gallen die Auswirkungen eines Freihandelsabkommens mit der EU (FAK) auf mittelgrosse Produktionsbetriebe in der Schweiz. Vor dem Hin-

tergrund des Preisdruckes im Agrar- und Lebensmittelsktor und der Diskussion um ein Freihandelsabkommen wurden an der Uni St. Gallen die Auswirkungen eines Abkommens mit der EU untersucht.

Bergmann nannte die Vorteile und Nachteile, die sich in der Studie zeigten. Eine Verringerung der Zollformalitäten, Vergünstigung der Vorprodukte, der Zugang zum EU-Markt und eine zunehmende Nachfrage nach Schweizer Produkten wären Vorteile. Eher nachteilig, so Bergmann zu den Aussagen der Studie, wäre die starke EU-Konkurrenz, der noch grössere Druck auf die Preise und allenfalls neue Zollformalitäten. Zudem wären die Anteile am Gesamtumsatz im europäischen Agrarmarkt eher gering.

Hohe Verarbeitungskosten

Die in der Studie befragten Unternehmen erwarten nach dem Abschluss eines Freihandelsabkommens als Arbeitsplatzeffekte einen Rückgang von schweizweit knapp 1200 Beschäftigten, das sind mehr als 30 Prozent. Ferner kann angenommen werden, dass beispielsweise die Preise für die Gemüse- und Kartoffelverarbeitung um etwa die Hälfte sinken wird, etwa gleich viel wie die Preise für Hilfsstoffe und Verpackung.

Ebenfalls als Beispiele nannte Heiko Bergmann den Preisvergleich von Kroketten und Pommes Frites: In Deutschland kosten diese Produkte zwei bis drei Mal weniger als in der Schweiz. Der Grund liegt in den hohen Verarbeitungskosten der Schweizer Produkte. Diese hätten mit Sicherheit einen negativen Einfluss auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit.

Gewinner und Verlierer

Mittels Interviews mit Experten wur-



de, am Ende der Studie abgeschätzt, wie die Abnehmer von Schweizer Produkten in den europäischen Staaten über einen freien Handel mit der Schweiz denken. Sie attestieren der Schweiz wohl eine ausgeglichene hohe Qualität der Produkte. Die Herkunft ist ihnen nicht egal. Allerdings wird von ausländischen Kunden für einen allenfalls höheren Preis längerfristig ein Mehrwert erwartet.

Der Referent schränkte ein, dass das letztendliche Verhalten von Unternehmen und Konsumenten nicht abschliessend bekannt sei. Es werde Gewinner und Verlierer geben, sagte Bergmann, Gemüse- und Kartoffelmärkte werden stark betroffen sein, Unternehmer würden Marktanteile in der Schweiz verlieren.

Zwei Milliarden über die Grenzen

Der Schweizerische Bauernverband (SBV) mit 65 000 Betrieben hat Gleiches getan und liess die Idee eines Agrarfreihandels mit Europa ebenfalls durchleuchten. Christophe Egenschwiler, Mitglied der Geschäftsleitung, folgerte, dass die EU immer mehr Massstab sei für die Schweizer Landwirtschaft.

In Klammer erwähnte er den Einkaufstourismus infolge preisgünstigeren Waren in die angrenzenden Länder, der jährlich über zwei Milliarden Franken in ausländische Kassen fliesen lässt. Wieder ohne Klammer brachte auch er das Kernproblem auf den Punkt: Die Produktionskosten in der Schweiz kosten vergleichsweise mit den Verhältnissen in der EU mehr als eine Milliarde Franken mehr. Löhne, Pachten und Zinsen würden die Mehrkosten ausmachen.

Im EU-Wettbewerb dabei

Auch der Bauernverband hat Vor- und Nachteile des freien Handels in Europa gegenübergestellt und als grossen Vorteil den zunehmenden Export und den sinkenden Einkaufstou-

rismus ins Ausland hervorgehoben. Zunehmen würde auch die Wettbewerbsfähigkeit im europäischen Markt und der interne Druck auf die Agrarpolitik.

Die Nachteile sieht der Bauernverband beim grossen Druck auf die Produktionspreise, der auch in einzelnen Produktionszweigen die Produktion zurückdrängen und das Einkommen sinken liesse. Eine grosse Unbekannte bestehe darin, dass sich die EU-Agrarpolitik laufend weiter entwickle und mit Reformen, denen sich die Schweiz fügen müsste, die Landwirtschaft in EU-konforme Bahnen bewegen werde.

Überleben mit EU-Niveau

Der Bauernverband hat einen Zeitraum bis 2013 angenommen und sich vorgestellt, wie sich ein Durchschnittsbetrieb mit einem Freihandelsabkommen bis dahin entwickeln würde. In die Überlegungen einbezogen wurden Werte der Politik, der Preise und Produktionskosten sowie der Löhne und Zinsen. Danach würden alle Betriebe durchschnittliche Einkommens-Einbussen zwischen 40 und 60 Prozent erleiden – je nach Region und Betriebstyp.

Der Verband folgert schliesslich knallhart: Bei gleichbleibenden Strukturen, Produktionskosten und entsprechenden Preisen kann die Schweizer Landwirtschaft nicht überleben. Der rettende Weg führe über die Annahme der Herausforderungen gegenüber der EU. Das heisst konkret, sagte Egenschwiler: Bestimmte Potenziale müssten auf dem EU-Markt vorhanden sein, das Image der Schweiz müsse vermarktable sein und die Produktionskosten müssten auf das EU-Niveau gesenkt werden. Der Bauernverband aber bleibt bezüglich eines Freihandelsabkommens skeptisch, will aber keine Türen zuschlagen und gezielt vorausdenken.

Engagierte Diskussion

Salez.–Simonetta Sommaruga glaubt nicht, dass eine Senkung der Produkte-Preise den Konsumenten zugute kommen würde. Sie kämpfe aber weiter dafür, dass die Preisschere zugehe und die Schweizer – mit Blick auf den Einkaufstourismus – in der Schweiz zu guten Preisen einkaufen können. Die Bauern wollen einen guten Preis für ihre Produkte und nicht Direktzahlungen für ihr «Dasein», sagte Sommaruga. Zudem seien es nicht die Bauern allein, welche den Preis machen. Es seien auch die vorgelagerten und die nachgelagerten Produzenten-Stufen. Der Schaden durch den Einkaufstourismus sei ein Schaden in der Volkswirtschaft, sagte die Konsumentenschützerin weiter.

Nationalrat und Bauer Walter Müller schwört auf die bilateralen Abkommen, die weiter entwickelt werden können und sollen. Denn auch in der EU bewege sich die Agrarpolitik sehr dynamisch. Es gelte, neue Märkte zu suchen und zwar nicht nur in der Landwirtschaft, sondern in allen Segmenten. Es müssen EU-kompatible Voraussetzungen geschaffen werden, um bereit zu sein, wenn die Veränderungen kommen. Es müssten jetzt schon flankie-

rende Massnahmen als Bedingungen für weitere Verträge mit der EU formuliert werden, ähnlich wie beim Abkommen über die Personenfreizügigkeit. Müller wiederholte, dass es in der EU-Agrar-Politik ständig vorwärts und es deshalb vielen Bauern schlecht bis sehr schlecht gehe.

Milchpräsident Röbi Bischofberger äussert sich in ähnlicher Form. Auch er plädiert für Spezial- und Nischenprodukte in allen Segmenten des Handels mit Europa. Fenaco-Präsident Lienhard Marschall hingegen sieht ein Scheitern des Freihandelsabkommens schon deshalb, weil die Bauern keinen Preis- und Einkommensabbau ohne Gegenleistung in Kauf nehmen wollen. Zudem unterstützt er Simonetta Sommaruga in der Annahme, dass tiefere Preise an die Produzenten noch keine Senkung der Konsumentenpreise bedeute.

Stefan Flückiger vom Migros Genossenschaftsbund glaubt an Chancen und Perspektiven mit der EU, welche die Migros am liebsten zusammen mit der Landwirtschaft annehmen würde. Es bestünden mehr Chancen als Gefahren, glaubt Flückiger. (ps)



Eher skeptischer Blick in die Zukunft: Sowohl Nationalrat Walter Müller, Azmoos, als auch Ständerätin Simonetta Sommaruga, Bern, können vorläufig nur erahnen, was ein freier Handel mit der EU bringen würde. Bild Paul Schwalder